

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-gespaltene Zeile 60 Pfg., non auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-gespaltene Reklamazeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 48

Dienstag, den 24. Februar 1920

11. Jahrgang

Englisch-russische Friedensverhandlungen.

Der „Dolchstoß in den Rücken“.

General Groener über die Ursachen unserer Niederlage.

Aus dem Reichswehrministerium Berlin wird uns geschrieben:

Nirgends ist die Feststellung der objektiven Wahrheit so schwierig, spielen Legenden eine so verhängnisvolle Rolle, wie auf dem Gebiet der Geschichte. Denn nicht nur das Urteil über einzelne Persönlichkeiten, sondern auch das über die Ursachen und treibenden Kräfte, die zu bestimmten Ergebnissen geführt haben, ist stets von der Parteilichkeit und Günstigkeit verwirrt, und das um so mehr, je näher die Ereignisse den politischen Tagesstämpfen liegen.

Ein klassisches Beispiel einer faulstüchtigen Geschichtskluge ist die Behauptung, daß das kämpfende, den nahen Sieg vor Augen sehende Heer von hinten (durch die Revolution) erschlagen sei. So lächerlich diese Legende, so dürfen wir ihre Gefährlichkeit doch keineswegs unterschätzen, denn da die nationalpolitische Ideologie durch die verhängnisvolle imperialistische Politik unserer Kriegsgegner bei uns wahrscheinlich weiter am Boden gewinnen wird, besteht die Gefahr, daß mit dem Verschaffen der frischen Erinnerung an die Kriegsergebnisse und die Sünden des alten Systems die der nationalen Eitelkeit schmeichelnde Legende vom „Dolchstoß in den Rücken“ munter fortzuwuchern wird.

Es ist deshalb von hohem politischen Wert, namentlich auch im Hinblick auf die kommenden Wahlkämpfe, sorgfältig auf alle auch nichtsozialdemokratische Stimmen zu achten, die sich um die Feststellung der objektiven Wahrheit bemühen. Im Februarheft der „Preußischen Jahrbücher“ untersucht der als militärische Autorität anerkannte General Groener, der bekannte Chef des Heeresabwiesens während des Krieges, die staatsmännliche Führung im Kriege und gelangt zu einem für diese geradezu vernichtenden Urteil.

In wohlwollendem Gegensatz zu dem aufgeregten politischen Gesäusel der meisten schriftstellerschen Generale weist Groener klar und überzeugend nach, daß es in erster Linie politische, durch die Unzumutbarkeit unserer staatlichen Institutionen begründete Fehler waren, die uns die Niederlage gebracht haben, so daß hier wie immer die Weltgeschichte das Recht gegeben hat. Die Ausführungen Groeners auf ihren Kern zurückgeführt, sind eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kriegspolitik.

Groener geht von dem richtigen Grundgedanken aus, daß der Weltkrieg von Anfang an ein Kampf zwischen Deutschland und England um den Weltmarkt war. Die richtige politische Auffassung von diesem Charakter des Weltkrieges verbot nach Groener von vornherein jeden Gedanken an Annexionen. Da wir an die eigentlichen Kraftquellen Englands nicht heran konnten, mußte uns daran liegen, ihm seine Hilfsvölker abspenstig zu machen. Namentlich bei Rußland hätte das ohne die ungeliebte Randstaaten- und Polenpolitik gelingen müssen, wenn diesem politisch goldene Brücken gebaut wurden.

„Wir (Frankreich und Rußland) sind durch unsere Politik erst recht ins Englische Lager getrieben worden, indem wir bei ihnen den Anschein erweckten, als sei der Zweck des Krieges die Eroberung von Provinzen.“

Der Irrgarten unserer politischen Zustände während des Weltkrieges, der seine Ursache in der überlebten Staatsform des Halbabsolutismus hatte, trat besonders verhängnisvoll in dem von der Sozialdemokratie so oft beklagten und bekämpften Zwiespalt zwischen militärischer und politischer Leitung hervor. „Staatsmann und Feldherr marschieren getrennt, ohne sich zum politischen Schlage zu vereinigen.“ In dem Nietenkampf, der um die wirtschaftliche Machtstellung des deutschen Volkes ging, waren militärische, politische und wirtschaftliche Führung ganz untrennbar. Zwei Wege waren denkbar. Entweder Einführung des geplanten parlamentarischen Systems oder Schaffung einer Diktatur, die aber ihrerseits, wenn sie wie in Frankreich und England wirklich innere Kraft haben sollte, auf der breiten Basis der Demokratie ruhen mußte.

Dieser allumfassende Kopf wurde nicht gefunden, zum Mittel des Parlamentarismus entschloß man sich zu allerletzt, als damit auch nichts mehr zu retten war. Bis dahin doktrinierte man mit den üblichen Mitteln des alten Regierungssystems.“

Unser altes Regierungssystem bedeutete aber einen veralteten Militarabsolutismus, innere Widersprüchlichkeit und Unwahrscheinlichkeit. Da nach Klausewitz der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, biest auch im Kriege der Staatsmann der Auftraggeber des Feldherrn. Bei uns konnte aber der nur eine Minderheit hinter sich habende Generalsstab, konnte ein Ludendorff in seinem eigenartigen, politischen Diktatorismus eine innerlich haltlose, schwache Staatsleitung bei Seite drängen.

„Als vor der Zwiespalt der Meinungen, der sich zwischen den obersten Stellen bald auftrat, in das ganze Volk hineingetragen wurde, (durch die Vaterlandspartei, die Red.) war dies für den Feind eine willkommene Hilfe.“

Aus den rückwärtigen Betrachtungen der Operationsfehler während des Krieges, die hier im Rahmen eines Artikels leider nicht wiedergegeben werden können, verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß Groener auch die Führung des U-Boot-Krieges als gänzlich verfehlt betrachtet. „Der U-Boot-Krieg wurde vorzeitig mit ungenügenden Kräften eröffnet.“

Groener befindet sich hier wiederum in voller Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Kriegspolitik, wenn er von seinem sachmännlichen Standpunkt aus zu dem Ergebnis gelangt, daß die richtige Anwendung dieser gegenüber England unter Umständen entscheidende Waffe uns keinen Konflikt mit Amerika hätte zu bringen brauchen, vorausgesetzt, daß wir unsere rechtzeitigere Bereitschaft zu einem wirklichen Verständigungsfrieden gezeigt hätten.

„Biel umstritten ist die Frage, ob Amerika ohne die Eröffnung des U-Boot-Krieges im Februar 1917 sich zum Kriege entschlossen haben würde. Nach der ganzen politischen Entwicklung ist kaum zu bezweifeln, daß Amerika in den Krieg eingriff, sobald das Gleichgewicht erheblich zu Ungunsten Englands sank. Da Amerika jedoch ein Heer nicht vorrätig hatte, ist es fraglich, ob es sich mit dessen Aufstellung und Verbringung über das Meer sehr beeilt haben würde. Die Annahme ist berechtigt, daß Amerika zunächst zur Friedensvermittlung zugunsten Englands sich entschlossen und erst, wenn diese gescheitert wäre, zur Truppenverschiffung gegriffen haben würde.“

Besonders verhängnisvoll und der letzte entscheidende Fehler aber war es, daß wir auch 1918 nicht im rechtzeitigen Moment zu einem Verständigungsfrieden bereit waren. Denn nach dem Wankn der unserer Offensiven und Fehlschlagen aller Siegeshoffnungen war auf diesen nicht mehr zu rechnen. Nunmehr mußten auch alle Bemühungen Wilsons fehlschlagen.

„Das Kriegsjahr 1918 begann unter politisch günstig erscheinenden Auspizien. Rußland war aus dem feindlichen Konzern ausgeschieden; Rumänien mußte dem Vorgang folgen; der östliche Himmel schien frei von Gewölk; die revolutionäre Gefahr wurde verbannt. Die Vereinigung der Kräfte im Westen bot nochmals Gelegenheit, vom Verständigungsfrieden zu reden: vor der Offensive“

„Als im Herbst 1918 Feldherr und Staatsmann sich unter dem äußersten Zwang der Lage entschlossen, den Präsidenten Wilson gemäß seiner 14 Punkte anzurufen, war dieser gar nicht mehr in der Lage, die ihm zugeordnete Rolle zu spielen, denn England und Frankreich hatten ihn und seine Truppen nicht mehr nötig.“

Von diesem Gedanken aus gelangt man auch zu einem gerechten Urteil über Wilson. Es hat der Sozialdemokratie stets fern gelegen, in ihm eine aus rein ethischen Motiven handelnde Lichtgestalt zu erblicken. Er handelte lediglich im Interesse Amerikas. Aber weil er das tat, lag ihm daran, eine Niederlage Englands ebenso zu verhindern wie einen vollständigen Sieg. Der Verständigungsfriede das politische Gleichgewicht in Europa, war das natürliche Kriegsziel nicht nur Deutschlands, sondern auch Amerikas. Daß Wilson seine Rolle als Weltfriedensrichter nicht zu Ende spielen konnte, lag an dem wahnwichtigen Treiben unserer Alldeutschen und ihrer Militärgötzen, deren irrsinnige Politik unseren Feinden den Sieg geradezu aufgedrängt hat. Sie sind es, die in Wahrheit dem deutschen Volk bei seinem schweren Ringen um seine Existenz den Dolch in den Rücken gestochen haben. Der Sturz des alten Herrschaftssystems war die naturnotwendige geschichtliche Folge seines völligen Versagens.

Vor der englisch-russischen Verständigung.

Rotterdam, 23. Febr. In einem Artikel über Rußland führt die „Morning Post“ aus, daß trotz aller Abneigungen zwischen England und der Sowjetregierung über Friedensbedingungen in Kopenhagen verhandelt werde. Unterhändler seien Litwinow und Fratesstein einerseits und die Missions O'Grady andererseits. Die größten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen seien gelöst, da die Bolschewisten das Versprechen der Demobilisierung des roten Heeres gegeben hätten unter der Bedingung, daß die Entente sich für die Unversehrtheit der Grenzen Sowjetrußlands verbürge. Dem Vernehmen nach habe sich Mitti den Verhandlungen angeschlossen, während die französische Regierung sich zurückhalte.

Waffenstillstandsverhandlungen in Sibirien.

Madisonville. Die rote Armee hat der Armee des Generals Koppel eine Niederlage zugefügt, ist in Irkutsk eingezogen und hat mit den Uchehen einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Englisch-französischer Schiffahrtskonflikt.

Ueber englisch-französische Differenzen bei der Verteilung der deutschen Flotte berichtet der „Matin“:

Bei der provisorischen Verteilung hat Frankreich 549 000 Tonnen bekommen, worunter sich sehr wenige Handelsdampfer befanden. Das sind nur 50 Prozent der französischen Verluste. England fand aber, daß sei noch viel zu viel, und verlangte, daß Frankreich von diesen Schiffen 300 000 Tonnen zurückgeben solle.

Natürlich werden die Regierung und das Parlament gegen diese Maßnahme protestieren. Aber der französische Gesandte in London benachrichtigte die Regierung, daß für den Fall, daß Frankreich sich weigert, das Abkommen, das Wilson und Lloyd George getroffen haben, anzunehmen, man von Seiten Englands einen Druck auf Frankreich ausüben könne.

1. Kann England die monatliche Lieferung von 300 000 Tonnen Kohle aufheben,
2. kann es in der ganzen Welt die Lieferung von Kohlen an französische Schiffe verweigern,
3. kann es die Erlaubnis, die es englischen Schiffen für die monatliche Lieferung von 500 000 Tonnen Lebensmitteln an Frankreich erteilt hat, zurückziehen, und
4. kann es endlich die Lieferung der in England für Frankreichs Rechnung im Bau befindlichen Schiffe aufhalten.

Dies sind die Folgen vom maritimen Standpunkt ausgehend. Vom finanziellen Standpunkt aus sind sie nicht minder ernst. Die Forderung, 300 000 Tonnen zurückzugeben, ist für uns unannehmbar.

Die Veröffentlichungen des Matin bilden ein weiteres interessantes Kapitel über die „Einigkeit“ in der Entente. Nach dem sie ihr Ziel, die Verschmelterung Deutschlands erreicht hat, treten immermehr die Gegensätze in ihren eigenen Reihen zu Tage.

Amerika für Deutschlands Frieden.

Bereits gestern konnten wir von den in Amerika immer offensiver hervortretenden Bestrebungen, entgegen der kurzfristigen Rachepolitik der Entente, zu einer wirklichen Verständigung mit Deutschland zu kommen, berichten. Die Richtung der parlamentarischen Kräfte im Lande Wilsons, die diesen Standpunkt vertritt, scheint sich nun endgültig durchgesetzt zu haben. Nach einem Berliner Blatt erfährt das dänische Organ „Politiken“ aus London, daß der Senat in Washington bereits erklärt habe, zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten bestehe der Friedensvertrag. Dieser Beschluß ist um so bedeutungsvoller als der Senat bekanntlich die Anerkennung des Versailler Verslavings-Vertrages verweigert hat. Nach dem gleichen Beschluß des Senats soll eine internationale Konferenz einberufen werden, die sich mit den Fragen des Wiederaufbaues beschäftigt. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, drei Vertreter zu dieser Konferenz, die im November stattfinden wird, zu entsenden. Die amerikanische Regierung will zu diesem Zweck 150 Millionen Dollar zur Verfügung stellen.

Die Weltung hat vor allem auch in England großes Aufsehen erregt, und die Presse fragt, ob es sich um eine neue Art Friedenskonferenz handelt, enthält sich jedoch vorläufig aller weiteren Betrachtungen.

Polnischer Terror gegen deutsche Arbeiter.

Beuthen (Oberschlesien). Die „Volksstimme“ in Gleiwitz bringt Briefe gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die es beklagen, daß die Polen durch Agitation und Terror die Arbeiter zum Uebertritt in die polnischen Arbeiterverbände zu zwingen versuchen.

Welcher Geiz, in den polnischen „Arbeiter“organisationen wohnt, zeigt sich kürzlich in Thorn bei der Einweihung einer neugegründeten Arbeiterzeitung. Dem Festakt wohnten eine Anzahl hoher polnischer Militärs bei und zuletzt wurde der Betrieb durch den Klerus eingeleitet. Für diese hohen Ehrungen erwies sich das Blatt dann sofort dankbar, indem es in der schäblichsten Weise auf die Sozialisten heßte. Die polnischen Arbeiterverbände sind nur Fiktilgründungen des polnischen Junkertums und des Klerus. Hoffentlich lassen sich die Arbeiter durch den polnischen Terrorismus nicht ihre sozialistische Ueberzeugung rauben.

Französische Durchdringung der Rheinlande.

Bern, 23. Febr. Wie der „Bund“ nach der „Financial Times“ berichtet, meldet das englische Handelssekretariat in Paris die bevorstehende Gründung einer Franco-Rheinischen Bank in Köln. Die Bank soll über ein Kapital von 20 Millionen Mark verfügen und den französischen Handel in der Rheinprovinz fördern.

Französische „Recht“prechung.

Die Blätter im besetzten Gebiet berichten über einige Fälle erneuter Bergewaltigung durch die französische Justiz. U. a. wurde in Wiesbaden ein Schaffner der Straßenbahn, der einen französischen Offizier aufgefördert hatte, während des Rangierens des Wagens diesen zu verlassen, wegen Mißachtung der französischen Autorität mit acht Tagen und in der Berufungsinstanz mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

Unabhängige Sozialisierung der Landwirtschaft.

Kommunisten und Unabhängige tun so, als ob es nur der böse Wille der Regierung, ihre Abhängigkeit von kapitalistischen Interessen seien, die es verhindern, daß das deutsche Volk aus Elend und Not hinausgeführt werde. Sie haben ganz einfache Mittel, Diktatur des Proletariats und Sozialisierung. Die gleichen ihrer Meinung nach mit einem Schläge aus, was die Verwüstung des Krieges von mehr als 4 Jahren für Jahrzehnte zerstört und deren Wiedergenesung erschwert hat. Wenn man auf die Schwierigkeiten hinweist, die sich einer raschen Sozialisierung entgegenstellen, dann erhält man die Antwort, daß in Rußland durch die Diktatur des Proletariats die Sozialisierung durchgeführt sei, und daß dort alles auf das Beste bestellt sei. Wie es in Rußland tatsächlich geht, weiß man nicht bestimmt, wohl aber, daß die Not der Massen ungeheuer groß ist.

Daß sich die revolutionären Betriebsräte in Rußland nicht bemächtig haben, daß die Arbeitszeit verlängert wurde, daß die Soldatenräte abgeschafft wurden, das sind Tatsachen, gegen die nicht angekämpft werden kann. Das sagen uns die amtlichen Bekanntmachungen in den russischen Zeitungen. Sie sind natürlich sehr vornehmlich und geschehen nur dort den Zusammenbruch der kommunistischen Politik zu, wo er vor der ganzen russischen Öffentlichkeit nicht in Abrede gestellt werden kann.

Man hat den deutschen Arbeitern auch vorgegaukelt, daß ein Bündnis mit der Sowjetrepublik uns aus allem Elend befreien würde. Dann wüßten wir Lebensmittel in Hülle und Fülle haben, dann wären wir über alle Not hinaus! Nun soll aber in den russischen Städten die größte Not herrschen, das Geld soll noch weit mehr als bei uns seinen Wert verloren haben, die Nationen sollen erheblich geringer sein als bei uns. Es scheint also dort das so energisch angewandte Prinzip der Sozialisierung nicht den Erfolg gezeitigt zu haben, den die deutschen Nachahmer der Leninischen Politik erwarten haben. Selbst wenn die Sozialisierung im landwirtschaftlichen Rußland die Erfolge, die an sie geknüpft wurden, gezeitigt hätte, so würde das gar nichts für die Sozialisierung der Landwirtschaft in Deutschland beweisen. Rußland ist ein Agrarstaat, der unter normalen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege waren, einen gewaltigen Uberschuß von landwirtschaftlichen Produkten aufwies, der die ganze fünfjährige Handelsbilanz Rußlands ermöglchte. Heute ist aber die russische Landwirtschaft durch die vollkommene Geldentwertung und durch die Hemmung der Ausfuhr, die den Bauern jeden stärkeren Antrieb zur Bodenbearbeitung nahm, sehr tief in der Produktion gesunken. Die lange Dauer des Krieges, der ununterbrochene Bürgerkrieg, die erschweren Verhältnisse haben den Antrieb zur Produktion immer weiter hinuntergedrückt. Trotzdem braucht der größte Teil des russischen Volkes nicht zu hungern, denn der größte Teil des russischen Volkes lebt auf dem Dorfe und ist Selbstversorger. Die Macht der russischen Regierung reicht noch weit weniger aus als die der unseren, die Nahrungsmittel auf dem Lande zu erfassen, die für die Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlich sind. Der südrussische Boden unterscheidet sich vom deutschen dadurch, daß er auf Gebieten, die ein Vielfaches des Flächeninhaltes des Deutschen Reiches ausmachen, ohne Anwendung von bedeutender Arbeitskraft fast ganz ohne Dünger und ohne Maschinenanwendung ungeheure Erträge liefert. Ein unerschöpflicher Humus von fast nirgends sonst vorkommender Tiefe ermöglicht ganz gewaltige Erntetrugnisse.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Deutschland. Selbst bei der intensivsten Bewirtschaftung, d. h. bei der Verwendung von sehr vielem Kapital und sehr vieler Arbeitskraft vermöchte der deutsche Boden die Bevölkerung unseres Industriestaates nicht zu ernähren. Die Bedingungen für unsere, selbst bei erzwungener Höchstleistung für die Befriedigung des Bedarfs nicht ausreichende Körnerproduktion, haben sich ganz bedeutend verschlechtert, denn während des Krieges wurde in unserer Landwirtschaft der rücksichtsloseste Raubbau betrieben. Die Braue wurde fast ganz unterlassen, der Boden kam nicht zur Ruhe, die Bearbeitung des Bodens geschah durch Kriegsgefangene, Frauen und Kinder, also durch sachkundige Personen. Die Düngung des Bodens mußte fast vollständig unterbleiben, die landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge wurden verbraucht und konnten nicht zum großen Teil bis heute nicht, erneuert oder in leistungsfähigen Stand gesetzt werden. An Zugvieh fehlte es mit der längeren Dauer des Krieges immer mehr, vielfach wurde es geschlachtet. Auf Grund des Friedensvertrages muß der Entente sehr viel Vieh abgetreten werden. Hieraus erklärt sich eine ununterbrochene Senkung der landwirtschaftlichen Produktion, die vielfach unter die Hälfte der durchschnittlichen landwirtschaftlichen Erträge während der Friedenszeit gesunken ist. Selbst in den besten Jahren erfordert die Ernährung unserer Bevölkerung sehr reichliche aus dem Auslande einzuführende Mengen landwirtschaftlicher Produkte. Diese Einfuhr ist uns heute auf das Äußerste durch die Entente und durch die Absperrung und durch die Leistungsunfähigkeit von Rußland erschwert. Die ungeheuerliche Entwertung der Reichsmark im Auslande erfordert beim Ankauf von Lebensmitteln in Nord- und Südamerika zwölffach so hohe Preise, als das vor dem Kriege üblich war. Hieraus ergeben sich für jedermann klar die ungeheuerlichen Schwierigkeiten der Versorgung der Volksmassen mit landwirtschaftlichen Produkten. Es ist frivoll, weil falsche Hoffnungen erweckend, diese Not einfach mit der Sozialisierung kurieren zu wollen.

Nichts würde die Sozialisierung mehr kompromittieren, als wenn wir bei den Arbeitern den Glauben erwecken wollten, daß wir ihnen mit rascherer Ueberführung der Landwirtschaft in die Gemeinwirtschaft auch nur in einem der nächsten Jahre eine ausreichende Ernährung sichern, ja nur in möglicher Aussicht stellen könnten. Nichts ist für die Gegenrevolution erfreulicher als die Erregung von Hoffnungen von bald zu erfüllenden Versprechungen, die unbedingt mit vollkommener Enttäuschung enden müssen. Deshalb ist es ein Verbrechen an der Revolution, ein Verbrechen am Sozialismus, wenn man den Arbeitern vorgegaukelt, daß sie durch die sofortige Sozialisierung der Landwirtschaft aus der Lebensmittelmangel, aus allen oder auch nur aus vielen Ernährungs- Schwierigkeiten herausgebracht werden könnten.

Das verspricht aber die U. S. P., das verspricht sogar der Stalin. Der der Vorgänger des letzten Ernährungsministers Robert Schmidt ist, Emanuel Bura. Dabei mußte diesem Mann das Unglück passieren, daß wenige Tage, nachdem er in der Berliner Land-erordnetenversammlung die sofortige Sozialisierung der Landwirtschaft als den sichersten Weg aus

insertem Ernährungselend bezeichnet hatte, das Organ der russischen Räterepublik, die „Iswestija“ gemeldet hat, daß ein Wirtschaftskongreß der russischen hochschulmäßigen Partei nach erregter Debatte beschlossen hatte, daß das staatliche Getreidemonopol aufgehoben sei. Man sieht also, daß in Rußland, dem am meisten agrarischen Lande Europas, die gemeinwirtschaftliche Produktion der Landwirtschaft nicht weiter empfohlen werden kann, weil sie sich als undurchführbar erwiesen hat. In Deutschland, unter unverhältnismäßig schwierigeren Verhältnissen, in einem Lande, das durch den Friedensvertrag besonders wichtige landwirtschaftliche Uebersehungsgebiete verloren hat, empfehlen die Unabhängigen die Sozialisierung der Landwirtschaft als ein Mittel, das uns aus der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Not sofort befreit. An diesem einen Beispiel zeigt sich die vollständige Hilflosigkeit, aber auch die frivole Leichtfertigkeit unserer Pinksradikalen, die ausschließlich mit agitatorischen Trüben ihre Propaganda betreiben, die aber praktisch dem Volke gar keinen Nutzen zu bringen imstande sind.

Sozialistische Politik in England.

Am 4. Februar veröffentlichte das Londoner Arbeiterblatt „Daily Herald“ ein Telegramm seines Berliner Berichterstatters Philipp Price über die angelegentlich geübte Stärke der deutschen Wehrmacht.

In diesem Telegramm kam Price zu ganz phantastischen Ziffern. Die Reichswehr betrug nach ihm 750 000 Mann und mit den übrigen Formationen, oder was er so zu nennen beliebt (Zeltpolizei und Einwohnerwehren) kam er zu der Gesamtsumme von 1 670 000 Mann! Inzwischen ist das Schreiben von Lloyd George an den deutschen Geschäftsträger Sthamer veröffentlicht worden, in dem mitgeteilt wurde, daß der Oberste Rat der deutschen Regierung einen Ausschub von drei Monaten für die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann bewilligt habe. Dadurch geriet natürlich der „Daily Herald“ seinen Lesern gegenüber etwas in Verlegenheit: denn daß konnte doch unmöglich die Antwort der alliierten Regierungen auf die „Entschlüssen“ des Herrn Price bilden.

Aber der „Daily Herald“ muß recht behalten und deshalb erklärt er dieses Zugeständnis der Entente auf folgende eigentümliche Weise, die ihm übrigens ebenfalls von Price eingebläsen worden ist: Es handle sich darum, „eine Armee zu bilden, die dazu benutzt werden könnte, den Kapitalismus zu schützen, und auch, falls die Verschönerung von Moske und Churchill (!) gegen Sowjetrußland greifbare Gestalt annehmen sollte, eine große Offensive gegen die Sowjets im kommenden Frühjahr zu unternehmen“.

Es ist doch wirklich für das Niveau des internationalen Sozialismus beschämend, wenn große, sonst einwandfreie Parteifunktionäre von einzelnen Wirtstypen oder berufsmäßigen Schwabimären zu verächtlichem groben Unfug verwendet werden können. Der Gedanke, daß die gegenwärtige deutsche Reichsregierung für ein solches Unternehmen überhaupt zu haben wäre, ist geradezu komisch. Wenn es überhaupt in Europa eine Regierung gibt, die in Frieden und Freundschaft mit allen fremden Regierungen und Völkern, also auch mit Sowjetrußland, leben möchte, so ist das die deutsche. Und gerade Herr Price, der sonst so gern den Eingeweiheten spielt, mußte von den Verhandlungen mit dem Vertreter der Moskauer Regierung Ribgor Kopp schon zu der Zeit gemußt haben, als er seine lächerlichen und doch gemeinachtlichen Erfindungen nach England hinüberbrachte. Ist es der ernstlichen Arbeiterpartei mit ihrem Willen zur Verständigung zwischen den Feinden von gestern ernst — und daran haben wir niemals gezweifelt —, so mußte sie doch dafür sorgen, daß der Mann, der die große Verantwortung trägt, Englands Proletariat über die deutschen Dinge zu unterrichten, ein wahrheitsliebender Journalist sei und nicht ein sensationslüsterner Phantast, den gewisse linksradikale Kreise mißbrauchen und der sich offenbar auch ganz gerne mißbrauchen läßt.

Der Caillaux-Prozess.

In Paris wird gegenwärtig dem früheren französischen Ministerpräsidenten Caillaux der Prozeß gemacht. Caillaux gehörte zu den französischen Politikern, die für eine Verständigung mit Deutschland arbeiten. Er wurde deshalb von Clemenceau als Staatsverbrecher eingesperrt.

In der Sonnabend-Verhandlung erregte die Vernehmung Caillaux durch Bourgeois über den Zwischenfall Minette festhaftes Interesse. Es ist darüber zu berichten: In Buenos-Aires wollte ein gewisser Minette, den Caillaux durch die Vermittlung eines Geschäftsfreundes in Rio de Janeiro kennen gelernt hatte, Beziehungen zwischen Caillaux und den Grafen Lurzburg herstellen. Minette sollte am Vorabend der Abreise Caillaux auf die Gefahr einer Torpedierung hingewiesen und erklärt haben, er könne Caillaux die Protektion Lurzburgs verschaffen. Das habe Caillaux zurückgewiesen. Caillaux Vertreter stellt darauf fest, daß die in den Ätten befindlichen Telegramme Lurzburgs zum Teil falsch überlegt und übertragen seien. So habe nach seiner Ansicht Lurzburg nicht telegraphiert: „Caillaux am Bord. Abfahrgang unerwünscht“, sondern „Abfahrgang sehr erwünscht“. Diese falsche Uebersetzung rührt von Amerika her. Aber die französische Regierung habe die Depesche veröffentlicht, bevor die endgültige Uebersetzung aus Amerika angelangt sei. Weiter habe Minette Caillaux erklärt, daß Lurzburg ihn sehr bewundere und gern seine Bekanntschaft machen wolle. Caillaux habe Minette erwidert, er sei verrückt und er verkenne in diesem Verlangen die Ungeheuerlichkeit und die Blumpheit der deutschen Diplomatie. Er wisse nicht mehr, wer dieses Spiel getrieben habe. In der brasilianischen Presse seien Artikel erschienen, in denen gesagt worden sei, die französische Regierung habe ihn deportiert, weil er um jeden Preis mit Deutschland habe Frieden machen wollen. Diese Nachrichten seien von der nationalistisch-französischen Presse lanciert worden. Er habe Minette erklärt, wenn er wieder mit ihm von der Affäre Lurzburg spreche, dürfe er seine Schwelle nicht mehr überschreiten.

Deutschland.

Hindenburg gegen den Verständigungsfrieden.

In der Zeitschrift „Jugendliches Jahrhundert“ wird ein Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den damaligen Reichskanzler von Bethmann Hollweg veröffentlicht. Der Brief ist aus dem Großen Hauptquartier vom 7. Juli 1917 datiert (also unmittelbar vor der Kabinetts- tische) und stellt eine Antwort da auf ein Schreiben des

Kanzlers vom 25. Juni über die Stimmung in der Helme- Hindenburg führt die herabgedrückte Stimmung in der Hauptsache auf den Wucher und Schleichhandel zurück — diese Dinge gab es also schon vor der Revolution — und spricht sich dann im weiteren Verlauf gegen die Ansicht des Reichstages aus, der es für notwendig erachtet hatte, bis zum Herbst einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, wenn man nicht den Abfall Oesterreich-Ungarns und damit den völligen Zusammenbruch riskieren wollte. Hindenburg schreibt:

Ich glaube nicht, daß England zu einem Verständigungsfrieden bereit ist, solange es noch hoffen kann, daß Deutschland vor England zusammenbricht. Am allerwenigsten wird es zu einem solchen Frieden bereit sein, wenn Oesterreich-Ungarn im Begriffe ist, abzufallen. Der Gewinn, den England aus einer Fortsetzung des Krieges bis zu Deutschlands Zusammenbruch gegenüber einem Verständigungsfrieden ziehen kann, ist so ungeheuer, daß es die längere Kriegsdauer in gewohnter Energie und Entschlossenheit auf sich nehmen wird. Daran habe ich keinen Zweifel, und das beweist jedes Blatt der englischen Geschichte. Wohl aber wird England sofort zu einem „Verständigungsfrieden“ bereit sein, wenn es einsieht, daß der eigene Zusammenbruch früher als der deutsche erfolgt. Wir können sicher sein, daß jeder englische Friedensver- such der Beweis seiner nahenden Agonie ist. Es würde meines Erachtens ein Unheil für unsere staatliche und wirtschaftliche Zukunft bedeuten, wenn wir einen solchen englischen „Verständigungsfrieden“ annähmen, ohne daß wir durch einen Abfall Oesterreich-Ungarns und eine gleichzeitige eigene Agonie zum sofortigen Frieden gezwungen wären. (So lagen die Dinge im Herbst 1918, da wollte die Oberste Heeresleitung den Verständigungsfrieden, aber da war es auch zu spät. Red. d. „Volksst.“) Ein solches unglückliches Zusammentreffen habe ich aber für äußerst unwahrscheinlich. Ich teile nicht Euer Erzelung Ansicht, daß die Vorstellungen des Unterseebootkrieges als übertrieben anerkannt sind, daß alle auf statistischer Berechnungen, begründeten Voraussetzungen sich als völlig unzuverlässig erweisen haben und daß die Notwendigkeit für England, Frieden zu schließen, in ganz weite Ferne gerückt ist. Ich bleibe vielmehr auf dem in meinem Schreiben vom 19. 6. 1917 II Nr. 58 049 sp. klargestellten Standpunkt stehen.

Wenn der Augenblick gekommen sein wird, an welchem das Gewebe der gesamten Kriegswirtschaft unserer Feinde zerfällt, kann man nicht mit Bestimmtheit voraus- sagen, daß er aber in absehbarer Zeit kommt, ist mir sicher.

Gemessen an dem tatsächlichen Verlauf der Dinge und dem wirklichen Kräfteverhältnis, wie es auch schon damals deutlich erkennbar war, zeigt dieser Brief einen ganz außerordentlichen Mangel an politischer Voraussicht.

Die Politik der Unbelehrbaren.

Aus Berlin schreibt man uns über die demagogisch-nationalistische Agitation:

Was zu erwarten war, ist eingetroffen. Unsere Nationalisten, anstatt ruhig den Erfolg der deutschen Regierung in der Auslieferungsfrage anzuerkennen, wagen es vor „neuen Wegen zu Deutschlands Schande“, „von größter Schamlosigkeit“ usw. zu sprechen. Jetzt nachdem die unmittelbare Gefahr vorüber ist, glauben gewisse Herrschaften den Mund vollnehmen zu dürfen. Aber die Zeit des Schweigens ist auch für uns vorüber. Waren wir durch den harten Zwang der Tatsachen bisher genötigt zu den Anschuldigungen der Entente zu schweigen, so liegt jetzt hierzu kein Anlaß mehr vor. Mit aller Entschiedenheit können wir zum Ausdruck bringen, daß wir von der Schuld eines Teiles der auf der Auslieferungsliste stehenden Personen überzeugt sind. In ihrem eigenen Interesse möchten wir gewissen Herrschaften empfehlen, den Mund nicht zu voll zu nehmen und falls sie nicht genügend Takt besitzen zu schweigen, dies wenigstens aus Erwägungen der Klugheit zu tun. Wir haben keinerlei Veranlassung, das in der deutschen Note vom 25. Januar gegebene Versprechen, die Kriegsverbrecher zu bestrafen, nicht zu erfüllen. Und je herausfordernder gewisse Personen sich benehmen, umso mehr dokumentieren sie hierdurch ihre Schuld. Jene Politik der Sentimentalität, die uns von unseren chauvinistischen Kreisen so oft vorgeworfen worden ist und die doch nichts anderes als das Bestreben war, einen friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern herbeizuführen, jene Sentimentalität werden wir wahrhaft schuldigen gegenüber nicht anwenden, sondern die Verbrecher da zu finden wissen, wo sie sich aufhalten, auch wenn sie in den Augen unserer nationalistischen Presse allesamt „Helden“ sind.

Schließung der deutschen Zigarettenfabriken.

Die deutsche Zigarettenindustrie steht vor einer Katastrophe. Die Fabrikanien erklären, daß die neue Tabaksteuer von der Industrie nicht getragen werden kann. Infolgedessen sind die großen Zigarettenfabriken in Berlin und Dresden geschlossen worden.

Ueber weitere Schließungen von Zigarettenfabriken berichtet der „Vorwärts“: Die Ortsgruppe Hefsen und Hefsen-Raffau des Arbeitgeberverbandes der Zigarettenfabrikanten, der die in Frankfurt a. M., Wiesbaden und Offenbach gelegenen Zigarettenfabriken angehören, hat beschlossen, sich mit den Berliner, Dresdener und anderen Zigarettenfabriken solidarisch zu erklären und ihren gesamten Arbeitern und Angestellten wegen der hohen Steuern auf Zigaretten zu Ende März zu kündigen.

Sühne einer unabhängigen Gewalttat.

Im Frühjahr 1919 erlaubten sich die Unabhängigen in Leipzig, wo sie sich ganz allmächtig fühlten, eine verbrecherische Gewalttat sondergleichen. Sie erpressten auf Ver- treiben des Abgeordneten Dr. Geyer von dem Oberbürgermeister unter Androhung von Gewalt 400 000 Mark. Ueber die Verwendung dieser Riesensumme hat man niemals Rechnung gelegt. In weiterer Folge wurden die unmittel- bar beteiligten Täter, der unabhängige Stadtverordnetenvorsteher Scheib und der unabhängige Stadtverordnete Krog, vom Landgericht Leipzig am 12. Juli wegen Mittäung zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Darauf riefen die Schuldigen, die ihre Tat durch nichts entschuldigen oder ent- schuldigenden konnten, das Reichsgericht an. Dieses hat die Revision am 20. Februar verworfen.

Danziger Nachrichten.

Politisch wertvolle Ehrlichkeit.

Kann es auch nicht in Worten ehrlich sein, so gelangt es ihm doch einmal im Schweigen, nämlich dem völlig belanglosen hiesigen unabhängigen „Freien Volk“. Und wir freuen uns aufrichtig, dem Blatte bescheinigen zu können, daß es in dem Falle, den wir meinen, wirklich angemessen geschwiegen hat. Mit Vorliebe bezeichnen sich die anarchistischen Unabhängigen, zur Förderung der Arbeiter, als die besten Sozialdemokraten. Man beruft sich deshalb auch auf die bel und Liebtnecht und mißbraucht ganz anders gemeinte Aussprüche dieser unbekannteren Vorkämpfer der sozialen Demokratie. Das „F. V.“ hat diese Maske nun am Sonnabend hoffentlich endgültig fallen gelassen. Es widmet der Erinnerung unseres August Bebel auch nicht ein einziges Wort! Es mag wohl selber eingesehen haben, daß der programmatische Terror der Danziger Unabhängigen zu dem edlen Menschentum und der demokratischen Volksfreundlichkeit eines August Bebel im schroffsten Widerspruch steht. Und das ist wirklich gut so. Trotzdem erscheint es uns nicht gleichgültig, daß dasselbe Blatt, das für den 80. Geburtstag eines so bedeutenden sozialistischen Arbeiterpolitikers wie Bebel nicht ein Wort übrig hat, in derselben Nummer mit der selbstverständlichen äußerst sachverständigen Beurteilung der Langbeine von Lucie Kieselhausen fast 30 Zeilen füllt. . .

Was bedeuten heute die Schrebergärten?

Was die Schrebergärten heute und in der dunklen Zukunft vor uns bedeuten, das zeigt uns das aktuelle Beispiel Wiens. Die große Not dort würde noch viel fürchterlicher sein, wenn sie nicht durch die Schrebergärten gemildert würde. Nach den statistischen Erhebungen des Landwirtschaftsamtes der Stadt Wien betragen die Ernteergebnisse des Jahres 1918 aus den Schrebergärten 1209 Waggons Gemüse und Kartoffeln mit einem Kaufwerte von über 10 Millionen Kronen. Die Ziffern haben sich aber, so heißt es, bis zum heutigen Tage wieder bedeutend erhöht. Nach den heutigen Ernteschätzungen erzeugt man dort in den Schrebergärten eine Menge, die für 60 Tage den Bedarf der Wiener Märkte zu decken imstande ist. Und immer weitere Kreise zieht die Schrebergartenbewegung. Noch über 6000 Besuche um Zuweisung von Boden parzen im Wiener Rathaus ihrer Erledigung, wie von dort berichtet wird.

Es leuchtet doch wohl jedem ein, daß der Schrebergarten bei uns in der heutigen Zeit dieselbe große Bedeutung für die Ernährung hat. Er vermag den Haushalt voll mit dem nötigen Gemüse zu versorgen. Ja, er ist auch für die Fleischversorgung von hervorragender Bedeutung. Das zeigen uns die Feststellungen, die der Verband der Hauskollonisten in Groß-Wien gemacht hat. Es wurden von ihm rund 240 000 Hühner, 185 000 Kanarienvögel, 7400 Gänse, 19 000 Enten, 65 000 Lämmer, 3000 Ziegen und 340 Kühe gezählt. Die Erhebungen über Wirtschaftszweigungen in proletarischen Haushalten haben immer wieder gezeigt, daß die Landhaushaltungen bedeutend günstiger dastehen als die Stadthaushaltungen. Das läßt uns erkennen, welche Bedeutung die Schrebergärten im proletarischen Haushalte zu spielen imstande sind.

Darum verlangen es die Interessen des Proletariats, daß die Kleingartenfläche ständig vergrößert wird. Doch nicht nur das: bei der großen sozialen Bedeutung muß auch die Zuteilung nach sozialen Gesichtspunkten aus geleitet werden. Der Kleingartenbau muß der Privatwirtschaft ganz entzogen werden. Der tolle Leipziger Fall aus der Vorkriegszeit ist unserer Erinnerung noch nicht entschwunden, daß durch eine Art Zwischenhandel, durch immer weitere Verpachtung von einer Hand in die andere der Quadratmeter von 10 Pf. auf 20 Mk. stieg. Die proletarischen Interessen,

die Interessen der Schulbedürftigsten, verlangen eine streng kommunale und soziale Schrebergartenwirtschaft. Feststellungen, wie sie z. B. feinerzeit vom statistischen Amte der Stadt Halle vorgenommen wurden, zeigten, daß sich in Halle unter 2963 Bewohnern von Familiengärten 809 Arbeiter, 893 Handwerker, 484 untere Beamte und nur 381 mittlere und 43 höhere Beamte, 170 Privatleute, 42 Privatbeamte, 87 Geschäftleute und 5 Gasmirke befanden. Eine gesunde Schrebergartenwirtschaft ist darum von der allergrößten Bedeutung für die Ernährung der breitesten Volksschicht.

Gasbeleuchtung bei Tage.

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben:

Schließlich mit seinen 13 000 Einwohnern ist von jeher vom Magistrat stiefmütterlich behandelt worden. Jede auch noch so geringe Verbesserung ist erst nach vielen Eingaben und großen Debatten im Stadtparlament zustande gekommen. Um so mehr sind die Einwohner erstaunt, daß von Seiten der Stadtverwaltung ihnen jetzt besondere Vergünstigungen zuteil werden. Trotz des großen Kohlenmangels gibt es Gasstraßenbeleuchtung bei hellem, klarem Tage. Wer morgens um 8 Uhr zur Stadt geht, wird die Beobachtung machen können, daß die Laternen brennen. Ebenfalls ist daselbst nachmittags von 4 Uhr ab der Fall. Es kommt auch vor, daß die Laternen den ganzen Tag brennen. Ein vom Schreiber dieser Zeilen an die Gasanstalt gerichtete Postkarte hat bis jetzt keinen Erfolg gebracht. Es wäre im Interesse der Arbeiterschaft besser, wenn die hierfür nutzlos aufgewendete Kohle mit dazu verwendet würde, daß die schon seit mehreren Jahren geschlossene Bodenanstalt wieder in Betrieb gesetzt würde. Bei dem für Danzig herrschenden Mangel an Warmbadeanstalten wäre die Wiederöffnung in einem reinen Arbeiterviertel von weittragender Bedeutung.

Kommunale Heiratsvermittlung.

Eine Wohlfahrts-Einrichtung, die den Kriegswitwen sowie den Kriegsbeschädigten gelten soll, existiert in Magdeburg, wie sie sonst in keiner deutschen Stadt vorhanden ist, eine kommunale Heiratsvermittlung. Sie verdient die Aufmerksamkeit auch in anderen Städten. In der öffentlichen Gesundheitspflege weist jetzt der Professor für soziale Hygiene in Lützingen, Dr. H. Kühn, auf diese Einrichtung hin.

Aus der hermittelnden Tätigkeit in zwei besonderen Fällen heraus hat sich diese Einrichtung entwickelt, und da die beiden Fälle ausgezeichnet ihre Erledigung fanden, machte man mit weiteren Fällen Versuche. Die Vermittlung vollzieht sich folgendermaßen:

Die Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene teilen der Beratungsstelle in Magdeburg die Kriegswitwen mit, deren wirtschaftliche Lage eine Wiederheiratung erwünscht macht. Von dort werden den Bewerberinnen ausführliche Fragebogen zur Ausfüllung übergeben. Auch wird genaue Auskunft über die persönlichen Verhältnisse, Charaktereigenschaften usw. eingeholt. Ebenfalls werden die Fürsorgestellen auch Nachricht über heiratslustige Männer. Und auch diese erhalten Fragebogen zugesandt. Von der Beratungsstelle werden nun allgemeine Mitteilungen über die einzelnen Fälle, natürlich ohne Namensnennung, veröffentlicht, und zwar in besonderen Listen, die allen Interessenten jeden Monat zugesandt werden. Die Beratungsstelle vermittelt den Briefwechsel. Nach zwei Monaten erkundigt sie sich nach dem Ergebnis. 1918 haben sich 182 Männer und 112 Frauen gemeldet. Ende 1918 standen 344 Personen in Briefwechsel. Anfang 1919 hatten 16 Paare mitgeteilt, daß sie die Ehe eingehen wollten.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Ehe sowohl für viele Kriegswitwen wie auch für viele Kriegsbeschädigte von Nutzen ist, allein rein praktisch. Andererseits bestehen aber gerade unter diesen beiden Gruppen besondere Schwierigkeiten der Annäherung, die in den besonderen Verhältnissen begründet sind. Und darum ist der soziale Charakter dieser originellen Einrichtung nicht zu verkennen.

Große Unkosten erwachen den Kommunen durch eine derartige Fürsorge nicht. In Magdeburg ist mit dieser Arbeit eine weibliche Hilfskraft beschäftigt, die der Magistrat bezahlt. Druckkosten, Postkosten und dergleichen trägt die Nationalisierung.

Die Straßenbahn wird teurer. Dem Magistrat ist von der Direktion der Danziger Elektrischen Straßenbahngesellschaft eine Vorlage zugegangen, in der unter Berücksichtigung der wiederum erheblich gesteigerten Betriebsunkosten eine Erhöhung der Fahrpreise um das Doppelte beantragt wird.

Eine Dampferlinie Danzig—Malmö eröffnet laut „D. Z.“ die schwedische Reederei Svea. Die dafür den Danziger Dampfer Ego gemietet hat. Die Reederei Svea unterhält bereits einen regelmäßigen Verkehr zwischen Stockholm und Danzig und hat eine Linie Malmö—Danzig schon seit langem geplant. Offenbar fehlt es ihr vorläufig noch an geeigneten Schiffen dafür. Die erste Ladung, die von Malmö nach Danzig abgehandelt ist, soll aus gefalzten Schnittholzen und anderen Lebensmitteln bestehen. Diese Linie dürfte bedeutungsvoll sein angesichts der Eröffnung einer Dampferlinie von Nordamerika nach Malmö und anderen Ostseehäfen.

Was eine Zeitung kostet. Eine täglich erscheinende sechsseitige Zeitung von der Größe der „Danziger Volksstimme“ erfordert ein Papierquantum von täglich 28,26 Gramm, kalkulativ eingerechnet gleich 30 Gramm. Das macht bei 28 Nummern im Monat 780 Gramm. Dazu kommen von 4 achtsseitigen Sonntagsausgaben 40 Gramm, so daß sich ein Gesamtpapierverbrauch von 820 Gramm ergibt. 820 Gramm Zeitungspapier aber kosten bei einem Papierpreis von 2,40 Mk. per Kilo nicht weniger als rund 1,97 Mk. Also lediglich Papier bekommt man für 1,97 Mk. — Von dem Betrag, der hierüber hinaus an Abonnementgebühren entrichtet wird, muß daher der ganze Betrieb einer Druckerei mit Maschinen, Kraftanlage, Material, Sechern, Druckern, Buchhaltern, Geschäftsführern, Expedienten, Redaktionsbetrieb usw. ufw. erhalten werden. Nur durch Umbildung eines Blattes zur Infantenblätterzeitung ist heutzutage eine annähernde Kompensation der Kosten möglich.

Filmkhan.

Das Lichtbildtheater Langemann bringt in seinem neuen Programm „Das Brillantenschiff“, eine Fortsetzung des Abenteuer-Plusses „Die Spinner“. Der erste Teil dieses Films berechnete sich den besten Hoffnungen, die der zweite Teil gibt erfüllt hat. Dieses Filmwerk hebt sich weit über die sonstigen bekannten Defekt-Films, die man als kleine „Balkenwaffen-Films“ bezeichnen möchte, hinaus. Die Großzügigkeit der Idee, der gute Aufbau der Handlung — machen die mitunter unangenehmen Ergebnisse des Abenteurers Ray Dong im Kampfe mit den „Spinners“ weit — Ein anständiger Schmaus bleibt auch ein gesamtenthalten von Zufällen ein lustiges Durcheinander voll großen Humors, das sich jedoch in Wohlgefallen auflöst.

Aus dem Freistadtbezirk.

Stadterordnetenversammlung in Goppot.

Zu Eingang der letzten Stadterordnetenversammlung wurde ein Schreiben des Magistrats der Stadt Danzig verlesen, in welchem der Freund über den Goppoter Protest gegen die Auslieferung des Oberbürgermeisters Sohn Kubstrub gegeben wird.

Als Stadterordneter eingeführt und begrüßt wurde durch den Bürgermeister der Zimmerer Oskar Ghele.

Nach einer Ansprache des Herrn Bürgermeisters Dr. Baur erfolgte die Einführung folgender unbedeutender Stadterordneter: Hilfsarbeiter Rathieu (Engländerkafis), Oberlehrer Dr. Dannenberg, Rentier Djaad, Dr. Ing. Baal, Künstler Manaki und Sanitätsrat Dr. Wagner. Stadterordneter

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Augengrubler.

(48)

(Fortsetzung.)

„Geh, hätte der Lehrer wohl gar mit einem solchen geredet?“
„Er mein, wie kam der Alte dazu, daß er einen Mahren kennt, außer den beim Krämer auf dem Schild, wo darunter steht „Labsal und Zigarren“? Aus seinen Büchern hat er's halt, wie alles, was er uns auftragen oder niederschreiben laßt. Gäh man die Bücher dem Heimer, umharn Großknecht, der leßt, daß es wie geredet ist, er könnt leicht schulhalten an des Alten Stelle, wär aber schade, denn der könnt ihm's mit gleich tun auf dem Feld.“

„Na, wie ich merke,“ lachte Magdalena, „bist du deinem Lehrer nicht wenig auffällig. Ja, sag mal, ist denn heut keine Schule? Am Ende gehst du zu schwänzen, und ich halt da mit.“

„Schule ist wohl,“ sagte die Kleine mit trotzigem Stacheln, „aber ich besuche keine, seit ich krank bin. Hat es ja gleich der Alte meinem Vater nahegelegt, daß ich die dummen Fragen zur Unzeit lauchen mache oder fürchten, und seit der Zeit kommt er zu uns auf den Hof gegen Abend, wenn er sich schon mit den anderen abgemüdet hat und lehrt mich, was er denen. Sonntag nachmittags geh ich in die Christenlehre zur Kirche, was der haben sie mich doch noch mit hinaus geschafft.“

Eine gute Weile schritten die beiden Mädchen schweigend nebeneinander her. Möglichlich viel Burgerl lustig: „Da sind wir. Jetzt komm, Senf!“ Sie lief auf einen Hügel zu, auf dem einem eine fruchtige Erde stand, welche die Krone eingebüßt hatte, dafür wuchsen die Kiste am Stumpfe um so mehr in die Breite.

„Sind dir der wohl genug Schattens?“ fragte Burgerl nach dem Paume weisend. „Und nun schau dich einmal um, da hast den ganzen Grasboden vor dir liegen.“ Beide Arme von Burgerl streckend, drehte sie sich herum. „Hat er eigentlich nicht zu viel, der Vater? Und nur, das ganze Dorf erlangt und beidseit drüber hinaus, so weit das Aufschwerl davor und dahinter an der Straße läuft, denn die ganze Zeit, die es da zur Seite sich streckt, bis wo es das Feld macht, in dem du die winzigen Wänderlein sich umtun siehst, unser Gefäß, und von da bis an den Föhrenwald.“

„Der gehst nimmer dazu?“

„Er gehrt dazu und es fährt die Straße durch, die der Vater auf seinem Grunde stand halt.“

„Es muß ja ganz schön sein im Wald da drüben.“

Burgerl wandte schon den Blick von der Gegend ab. „Ich geh mit hin,“ murmelte sie. Sie setzte sich auf den weichen Rasen zu Füßen des Baumes. „Nun könntest dich aber auch schon genug umgesehen haben, jetzt komm her, setz dich da zu mir in den Schatten und erzähl du einmal.“ Und als Magdalena an ihrer Seite saß, begann die Kleine sie zu fragen, woher sie sei, wie es wohl in Langendorf und auf dem Gehöfte der Eltern ansehe, nach diesen und nach Geschwistern und zuletzt fragte sie:

„Hast du dort auch einen Schatz?“

Magdalena schielte zusammen, dann schloß ihr das Blut ins Gesicht, sie sah das Mädchen mit einem jorrigem Blicke an und sagte:

„Nein.“ Es klang hart und taub.

„Sag,“ rief Burgerl, „sei mir mit 666! Ich hab mir gedacht, weil du so lieb bist . . . aber freilich wohl, es war dumm, denn, geht ja, wenn man einen gern hat, lauft man mit so weit vom Ort wie du?“

Magdalena empfand es wie ein Unrecht, daß sie sich über die Frage eines Kindes gegen dieses ergrimmt hatte. „Burgerl,“ sagte sie leise und drückte mit ihrer Rechten die Händchen, welche die Kleine gefaltet im Schoße liegen hatte, „frag mit, wo weilt du? Ist es gut, je länger eins nig davon weiß und je weniger es nachher erfahren muß. Viel Wissen macht da leicht Herzweh.“

So sah sie, ihre Rechte lag über den Händen des Kindes, und mit der Linken rautte sie langsam einen Palm um den andern aus. Nach einer geraumen Weile sagte Burgerl: „Sag mir, Senf. Es ist Zeit.“

Sie erhoben sich und gingen. Burgerl schlug denselben Weg ein, auf welchem sie gekommen waren. Magdalena, die von dem Hügel aus bemerkte, daß der Hof in viel kürzerer Zeit zu erreichen sein würde, wenn man sich der Straße nach hielt, die vom Föhrenwalde herkam und die Wiesengründe näher und näher dem Dorfe aufsteigend, durchschmitt, die Kleine war derselben in einem weiten Bogen ausgewichen. Als daher jetzt, nach einer guten Strecke, dieser Fahrweg in Sicht kam, wollte Magdalena darauf aufschreiten.

„Warum gehst du mit uns auf der Straße?“ fragte sie. „Es ist ja weit näher.“

Burgerl wandte den Kopf zur Seite und streckte beide Hände abwehrend von sich. „Da geh ich mit,“ rief sie.

„Ja, was schreckt dich denn doch?“ fragte Magdalena. „Da sah sie in einiger Entfernung, hart an der Straße, eine niedere Mauer, über welche Grabsteine und Kreuze ragten. Der Freisthof doch mit?“

Burgerl nickte.

„Geh, kindisch, wirft dich doch mit vor den Löten fuchsen! Sei krazigiert, komm! Biegt ja wohl auch deine Mutter dort!“

„Eben die, eben die,“ schrie das Kind, dessen Hände und Beine zu schlottern begannen.

„Im Gotteswillen, Burgerl!“ Magdalena eilte auf sie zu.

„Ja, meine Senf,“ kramelte das Kind, „wer weiß, weiß du, wie das ist? Hast du schon ein Lotus neben der Keger gehabt?“

„Das nit, Burgerl.“

„Und bevor eins tot ist, muß es versterben, hast du schon eins sterben gesehen?“

„Nein, Burgerl.“

„Siehst, Senf, da weißt du gar nit, wie fuchsen das ist und wie es mich ängstet, daß sie mich auch schon dort haben wollen.“

„Der denn, Burgerl, wer denn nur? Bild dir doch so was nit ein.“

„O, wie oft hab ich es schon gehört, zuzuhören und laut lesen und viel leicht denkt es auch der Vater im Stillen, daß es besser wäre, wenn mich uder Herrgott zu sich nahm. Aber ich — ich nit —“

„Komm, fertl, daß uns gehn,“ sagte Magdalena, die mit ihren Armen bisher das wankende Kind aufrecht gehalten.

Dieses Blicke hilflos zu ihr empor. „Komm mit, mein Senf.“

Da lud diese es auf die Schulter, das wackelnde Köpfchen auf der Hüfte, die schlaffen, haumelnden Armechen über dem Rücken, eilte sie die schmalen Stiege dahin.

„O, was ich dir Bescherer mache, Senf,“ sagte das Kind.

„Sag, lieber, ich hätte können gefeierter sein. Steh und dreh mich da auf einem Fleck und find kein Belackommen, geh hin und red her, wo ich dir doch anmerken konnt, es laugt nit, ich dummes Ding, ich!“

Eine Strecke Weges schalt Magdalena sich selbst, da küßte sie Burgerl ins Ohr: „Macht dir nit nah tun — tu dir mit nah — nur blick du bei mir.“

„Wir bleiben schon zusammen, Burgerl!“

Der Hof lag in mitterlicher Dede, Magdalena erreichte umgesehen das Dachstübchen, sie ließ die Kleine aus ihren Armen auf das Bett gleiten, da stand sie erst mit fliegendem Hemd, die Hände an die Brust gedrückt, in der das Herz heftig klopte, dann zog sie sich einen Stuhl heran und setzte sich und las die Hand der Kranken.

„Es gehst nimmer,“ sagte sie.

(Fortsetzung folgt.)

vorstehender Herr begreift die Reingefährten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft das Zusammenarbeiten von Magistrat und Stadtverordneten ein harmonisches sein möge. Den Dank an Bürgermeister und Stadtvordnenkollegium sprach Stadtrat D. J. a. d. aus. — Stadtrat Dr. Wagner legte sein Amt als Stadtverordneter nieder.

Die folgenden Punkte der Tagesordnung fanden leichte Erledigung.

Den Jahresrechnungen des städtischen Gutes für 1915, 16, 17 wurde Entlastung erteilt.

Stadtverordneter Raescher beantragte die Erteilung der Entlastung für die Jahresabrechnung der Gasanstalt für 1915 zu verlagern; dem wurde entsprochen. Es soll zunächst das Ergebnis des Gerichtsverfahrens gegen den Gasanstaltsdirektor Günther abgewartet werden.

Der Gemeindevorsteher von Jungfer. Der bisherige Gemeindevorsteher Kaufmann Karl Kamke ist von der Gemeinde wieder gewählt worden.

Schadenfeuer bei Steegen. Ein vermutlich infolge Brandstiftung entstandenes Feuer vernichtete am Sonntagabend zwei große Scheunen und den Stall des Amtsvorstehers Richard Seltz-Jieselwald. Der Inhalt der Scheunen, mehrere landwirtschaftliche Maschinen und Wirtschaftsgüter sind den Flammen zum Opfer gefallen. Das Vieh konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das Wohnhaus und der Speicher sind dank der günstigen Windrichtung unversehrt geblieben.

Aus dem deutschen Osten.

Fahzwang für Marienburg. Zunehmend ist seitens des Reichspräsidenten und des Ministers des Innern auch für das Abtunungsgebiet Marienburg der Fahzwang in Aussicht gestellt worden. Eine diesbezügliche Verordnung dürfte für Ende dieses Monats zu erwarten sein.

Aufmord in Braunsberg. Vor einigen Tagen ist in Braunsberg die neunjährige Tochter des Arbeiters Kramer von einem unbekanntem Mann entführt worden. Den eifrigsten Bemühungen des Braunsberger Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Täter in der Person des 17-jährigen Elektrikers Tolkdorf aus Braunsberg zu ermitteln. Der jugendliche Verbrecher hatte das Mädchen in eine Scheune gelockt, wo er es vergewaltigte. Als sein Opfer zu schreien begann, warf er es mit dem Gesicht auf den Boden und hielt mit den Händen den Mund der Kleinen zu, bis sie keinen Laut mehr von sich gab. Dann entfernte sich der Täter und begab sich in die elterliche Wohnung. Die Leiche des Mädchens wurde in der Scheune gefunden. Der Verhaftete hat bei der Vernehmung die Tat eingestanden.

Siebzehnjährige und Hungernot im Königsberger Stadtparlament. In der letzten Stadtvordnenversammlung in Königsberg stellten die Unabhängigen den Antrag, der Magistrat möge bei den zuständigen Behörden entscheiden gegen die Siebzehnjährigen an Landwirte vorstellig werden, weil dadurch der Preis der notwendigen Lebensmittel noch weiter erhöht und die Lebenshaltung noch mehr erschwert wird als bisher. Nicht durch Preisbeschränkungen soll die Regierung die Landwirte zur Erfüllung ihrer Pflicht anhalten, sondern durch entschlossene Anwendung der Staatsgewalt. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen der Magistrat ersucht, dafür einzutreten, daß die Regierung den Gemeinden auch weiterhin Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel für die unterbemittelte Bevölkerung gewährt. Ein weiterer Antrag derselben Fraktion, der den Magistrat ersucht, beim Vorstand des Deutschen Städtebundes zu beantragen, sobald als möglich einen außerordentlichen Städtebundeskongress einzuberufen, auf dem die drohende Hungernot und die Finanznot der Großstädte beraten werden soll, wurde angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, dahin zu wirken, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel so weit herabgesetzt werden, wie es die Produktionskosten irgend gestatten, und daß außerdem scharf Maßnahmen gegen gewerksmäßige Schieber und Schleihändler ergriffen werden.

Bewerkshäftliches.

Schwere Differenzen im Bauarbeiterverband.

In welchen Folgen die Vergewaltigung der politischen Anschauung durch eine „rabidale“ Mehrheit führt, lehren

Borkommnisse im Deutschen Bauarbeiterverband. Der Zweigverein Bremen dieses Verbandes hat die Mitglieder Geffken, Wichmann und Wulf aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie als Mitglieder der Bremer Bürgerschaft aus ihrer politischen Anschauung heraus gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bremen gestimmt haben. Ferner hat der Verein eine Anzahl Mitglieder ausgeschlossen, weil sie der Reichswehr angehörten. Irrenden Verstoß gegen das Verbandsstatut oder gegen die Beschlüsse des Verbandstages haben sich die Ausgeschlossenen nicht zuschreiben können lassen! Auch haben sie in keiner Weise gegen die gewerkschaftlichen Interessen verstoßen. Der Ausschluß erfolgte, trotzdem der letzte Verbandstag der Organisation keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß kein Verbandsmitglied wegen politischer Gesinnung oder wegen politischer Handlungen aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen werden dürfe. Weil Anträge zu politischen Maßnahmen sich bemerkbar machten, hat der Vorstand des Bauarbeiterverbandes die Zweigvereine wiederholt vor solchen Ausschüssen aus politischen Motiven gewarnt. Aber weder der Verbandstagsbeschluss, noch die berechtigten Warnungen des Verbandsvorstandes hat der Zweigverein Bremen irgendwie beachtet. Der Verbandsvorstand hat sich daher gezwungen gesehen, gegen die offene Mißachtung der Statuten geeignete Schritte zu unternehmen. Die der „Grundstein“ mitteilt, haben Verbandsvorstand und Verbandsbeirat in ihrer Sitzung am 7. Februar vom § 34 des Verbandsstatuts Gebrauch gemacht und folgenden Beschluß gefaßt:

„Falls der Verein Bremen bis 20. Februar 1920 die ausgeschlossenen Mitglieder Geffken, Wichmann und Wulf sowie die ausgeschlossenen Angehörigen der Reichswehr nicht wieder in den Verband aufgenommen hat, gilt er als ausgeschlossen.“

Bis zur Entscheidung des Vereins Bremen ruhen alle Rechte der Mitglieder.“

Gleichzeitig hat der Verbandsvorstand, wie er weiter mitteilt, die notwendigen Einrichtungen getroffen, um den Mitgliedern des Vereins Bremen, die das Verhalten des Vereins mißbilligen, ihre Verbandsrechte zu gewährleisten. — Für die Arbeiterbewegung ist es schmerzhaft, daß sich die Differenzen soweit ausgewachsen haben. Es mußte aber zu diesem Eingreifen kommen, sollte der blinde Fanatismus mancher „rabidaler“ Opponenten nicht zu einer völligen Ohnmacht und Zerstörung der Organisation führen.

Volkswirtschaftliches.

Lederkapitalismus statt Gemeinwirtschaft.

Die Nachener Lederfabrik schließt ihr Geschäftsjahr mit 2 1/2 Millionen Reingewinn, aus dem sie 40 Proz. Dividende bezahlt. Der Lederfuß hat sich verzehnfacht, die Aufhebung der Zwangswirtschaft war also für das Unternehmen „losgelöst“. Dabei hat sie bedeutende Erweiterungsbauten durchgeführt, so daß aus dem wirklichen Lederfuß vielleicht 100 Proz. und mehr hätten gezahlt werden können. 120 000 Mark hat man den Arbeitern, 60 000 Mark den Beamten als „Lebensgabe“ in die Hände gedrückt, damit sie sich auch in dem Segen, der den Aktionären zugesprochen ist, ein bisschen mitfreuen können. Den anderen Lederfabriken geht es auch nicht schlechter, das Häutegeschäft blüht, bloß die Schuhe werden teurer und teurer, werden unerschwinglich!

Der „Vorwärts“ schreibt mit Recht zu diesem glänzenden Geschäftserfolg: Das geschieht im Jahre 1920, in dem die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsauffassung leitend sein sollte und könnte. Die Händler und Kapitalisten sind die Herren, die Arbeitermassen sind an die Wand gedrückt. Statt daß in einer Zeit der größten Materialnot mit den vorhandenen knappen Vorräten an Häuten, wie Textilmaterialien für die Bekleidung nach einem fein ausgearbeiteten Wirtschaftspläne gearbeitet wird, der die Herstellung von Luxusartikeln ausschließt und die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse sichert, gewährt man die Freiheit der Produktion und überläßt es dem reinen Gewinnstreben der Produzenten, solche Erzeugnisse herzustellen zu können, an denen sie die

höchsten Profite erzielen, wenn sie nur für die kaufkräftigsten Leute erschaffbar und verwendbar sind. Die Not ist so groß, daß Einheitskleidung und Einheitskleidung notwendig sind, wenn mit den knappen Rohstoffen sozial gewirtschaftet werden soll. Was sehen wir aber? Aufreizender Luxus in der Produktion von Bekleidungsstücken, in der Schuhherstellung. Wahrlich, es ist ein Standa!

Die Schuhherstellung erfolgt in Großbetrieben beschränkter Zahl, ihre Unterstellung unter eine zentrale Leitung wäre eine Kleinigkeit, die Aufstellung eines Fabrikationsplanes für die wirtschaftliche Verwertung der Materialien spielend leicht, die Verteilung der Fertigfabrikate durch die Kommunalverbände unter Ausschaltung der Zwischenhändler höchst einfach. Eine gerechte Verteilung billiger Schuhwaren unter Ausschluß des Luxus ist ohne weiteres möglich.

Aus aller Welt.

Die Grippe in Westdeutschland.

Aus Essen wird berichtet: Die Grippe nimmt fortgesetzt an Umfang zu. Fast alle Krankenhäuser sind mit Grippekranken überfüllt. Die Erkrankungen nehmen vielfach einen tödlichen Verlauf. So sind in den letzten 14 Tagen an 100 Todesfälle zu verzeichnen. In Dortmund mußten sämtliche Schulen bis zum 8. März wegen der Grippe geschlossen werden.

Mutter und Tochter durch Gas vergiftet.

Aus Nahrungsfragen haben sich am Freitag in Berlin zwei Frauen — Mutter und Tochter — durch Gas vergiftet. Es handelt sich um die betagte Frau Margarete Kaiser und ihre Tochter, die in der Hasenheide 49 eine kleine Wohnung inne hatten. Nachbarn bemerkten starken Gasgeruch und alarmierten die Feuerwehr. Den Samaritern der Wehr gelang es nicht, die Frauen ins Leben zurückzurufen.

Feuergefecht zwischen Polizei und Verbrecher.

Im Hause Barnimstraße 12 in Berlin wollten am Mittwoch früh zwischen 4 und 5 Uhr die Kriminalwachmeister Busch und Wierenhuth von der Streifmannschaft B 1 einen Schwerverbrecher, den aus dem Zuchthaus Rawitz entwickelten Konditor Mählan, festnehmen, der dort im dritten Hof parterre wohnte. Der Mörder Schwabach vom 9. Nachtwachbezirk der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer öffnete den Beamten die Haustür und begleitete sie auf den Hof. Als die Beamten anklopfen, gab der Verbrecher durch das Fenster Schüsse ab. Die Beamten erwiderten das Feuer. Als dem einen der Beamten der Revolver versagte und der zweite keine Patronen verschossen hatte, entließ sich dieser den Dienstrevolver des Nachtwächters Schwabach und erschöpfte den Verbrecher. Mählan hatte etwa vierzig Schuss abgegeben, von denen aber niemand getroffen wurde.

Um 110 000 Mark betrogen.

Das Opfer seiner Leichtgläubigkeit ist der Kaufmann B. in Berlin, der sein Geschäft in der Nähe des Alexanderplatzes hat, geworden. Bei ihm erschienen vor einiger Zeit drei angebliche Artisten Wilhelm Fuß aus der Prinzenallee 27 und der Schloffer Säger aus Reinickendorf und holten ihm 200 Zentner Zucker zum Kauf an. B. ging auf das Geschäft ein, verlangte aber zunächst den Nachweis, daß die Ware auch bestünde. Darauf brachte Fuß eine Bescheinigung, nach der er 5000 Mark angezahlt und den Zucker in seinen Händen hatte. Das genigte B., und er zahlte im voraus 60 000 Mark in barem Gelde und 50 000 Mark in einem Scheck. Der Nachweis war jedoch gefälscht. Im Besitz des Geldes, fuhrten die Artisten und der Schloffer sofort über Hamburg nach Düsseldorf und kauften Zigaretten auf. Die Kriminalpolizei nahm Fuß und Säger fest, als sie mit ihrem Einkauf, für 7000 Mark Zigaretten, von Düsseldorf nach Berlin zurückkehrten.

Briefkasten.

F. Brandt, Ebing. Vielen Dank. Es kann mit aber wirklich herzlich gleichgültig sein, was ein nachlässiger Herr dort gedruckt oder ungedruckt über mich phantasiert. Vielleicht betrachte ich die Selbstsamkeit gelegentlich bei Licht. H. B.

Kunst und Wissen.

Frühlingsahnen.

's liegt warme, goldne Sonne überm Hag ... nur in der Ferne brant der Nebel klar auf weiten Fliesen; doch im Federflügeln fragt schon ein Abgalein froh ohn' Hinterlaß.

Gang heimlich und verstedt lügt da und dort 's Gras ein grünes Palmchen ... wo ich geh' in weitem Bergen über ein Frühlingswort. als wär getorben all mein Leid und Weh.

Und voller Freude pfänd ich mir vom Strauch goldgelber Röhren einen lieben Strauch: gefüßt vom ersten weichen Frühlingshauch trag ich ihn still und frühlingsstolz ins Heim.

Oskar Schönbücker-Gang.

Unerschütterter Kunstwächter.

Am letzten Tage der Versteigerung A. von Grand an bei Markt, Leipzig, Adm., wurden folgende Hauptpreise erzielt: Nr. 602/4 ein großer, zwei kleine französische Gobelen einjährig, 500 000 M. Nr. 604 a Gobelen 45 000 M. Nr. 609/10 ein Aufhänger-Esseltisch 22 000 M. 631 Aufhänger eines weiblichen Bildnis, 35 000 M. Nr. 635 vier Altarbild eines niederländischen Meisters um das Jahr 1520 100 000 M. Die Auktion deren Preisverteilung aus dem In- und Ausland außerordentlich stark war, erbrachte ein Gesamtsergebnis von etwa drei Millionen Mark. Im allgemeinen ist zu sagen, daß auf dieser Auktion Preise bezahlt wurden, wie sie auf dem ganzen deutschen Kunstmarkt bis jetzt ohne Beispiel waren.

Arbeitsminister aller Länder, vereinigt euch! Kunst Kunst! Sie ist die höchste Kapitalanlage, schützt vor Eisenzerstörung! Und dabei ist man ein kunstverständiger Mann, eine Sammler von aller Kultur, wenn Götze kommen und die Herrschaften an den Wänden bezaubern. Noch immer ist die Kunst ein Handelsgut. Gibt es kein Mittel, um sich ein Kulturstreben,

das eine Schmach für unsere Kultur ist und den Staat wirtschaftlich schädigt, zu hinterzücken? Ein Gemeinschaftsinteresse an unerschütterlichen Werken anzumelden! Heute geht einem ein Stramen an, wenn man sieht, wie sich die Prozen, die Enobs, die Steuerhinterzieher um einen Gulden Gewinn reusen dürfen.

Zwei neue Körner-Gramme.

Das Leipzig schreibt man dem „S. L.“: In dem literarisch und künstlerisch wertvollen Almanach, den der Bezirksverein Leipzig im Landeskochbuch der sächsischen Presse zu seinem am 15. Februar stattgefundenen Preisfest herausgegeben hat, veröffentlicht der Direktor der Deutschen Bücher-, Druck- und Verlags-Anstalt zwei neue, bisher unbekannte Körner-Gramme aus Privatbesitz. Der eine ist ein Gedichtsbüchlein an seine geliebte Schwester Emma, der andere ein Gedicht „Weibertreu“.

Ein Ruf an die Schauspieler.

Der Präsident der Deutschen Bühnenvereinschaft, Herr Adelt, veröffentlicht im „Neuen Weg“ eine Rundschreiben an die deutschen Schauspieler, die nicht überhört werden sollte. Adelt knüpft an die Satzung der Bühnenvereinschaft an, die den Bühnenangehörigen auch die Förderung der kulturellen Aufgaben des deutschen Theaters“ ans Herz legt, und zählt dazu: „Die ersten lassen, daß in nicht mehr vereinzelten Fällen die Schauspieler gegen diesen Grundgedanken, auf der Bühne sowohl wie im Film, Adelt gibt auch von dem folgenden Anknüpfungspunkt: „Über Darstellungen eines Berliner Theaters, das sich nicht nur als Kunstwerk, sondern als Gesinnungsbild mit kraftvollen Worten angeknüpft hat, mahnt der Reichstheaterrat zu Gerichte sitzen und sein Verdikt dahin abgeben, daß der Bühnenleiter wegen des von ihm angewandten Injurienspruchs (in der Rede über den „Franziska“ erregt eine Kollegin vollständig nekt. nur mit einem Namen, unbedeutend durchdringlichen Satzschleier angetan) nicht als im Recht der sittlichen Eigenliebe“ betrachtet werden könne, die nach dem Gesetz für die Führung eines Theaters notwendig sind!“

Einzelne, Westminster Gazette“ meldet aus Paris: Der deutsche Dichter Richard Deibel, der während des Krieges Gedichte gegen die Alliierten schrieb und der Urheber des berühmten „Gott frohe England“ ist, wird bei Hamburg im Alter von 80 Jahren.

Wir haben dies Dokument einer gewissenhaften Berichterstattung rubriziert, weil es auch für die näheren Freunde Dehmels neue überraschende Tatsachen mitteilt.

Bermischtes.

Die Kunst, einen Regenwurm zu verpeifen.

Dem Menschen ist die Kunst allerdings fremd, aber der Maulwurf zeigt, wie die „Naturwissenschaften“ berichten, eine ganz besondere Geschicklichkeit beim Verzehren des ihm sehr zugänglichen Regenwurms. Er steckt den Wurm nämlich nicht gleich in die Mundöffnung, sondern klemmt ihn zuerst zwischen die Vorderzähne und zieht ihn dann so geschickt durch, daß der aus Sand, Erde und dergleichen bestehende Darminhalt, den er nicht mitverzehrt, vollständig nach außen entleert wird. Dabei kann er das Vorderende des Regenwurms, von wo aus er die Entleerung vornimmt, immer ganz genau vom Hinterende unterscheiden und zwar nur mit Hilfe seines feinen Tastgeföhls, da seine Augen fast gänzlich sehunfähig sind. Sehr häufig legt sich der Maulwurf, namentlich für den Winter, große Vorräte an Regenwürmern, an — man fand solche Vorräte in Mengen bis zu mehreren Kilogramm —, die er indessen nicht isst, damit sie nicht in Verwesung übergehen, sondern die er zur Not isst, indem er ihnen die Vordersegmente durchbeißt. Ebenso geschickt wie beim Verpeifen des Regenwurms verfährt der Maulwurf auch, wenn er Engerlinge frisst, aus denen er gleichfalls zuerst den Darminhalt herausquetscht. Welche Mühe ihm dieses „Zurichten“ oft macht, kann man ermaßen, wenn man erfährt, daß der Maulwurf an Engerlingen in einem Tage etwa das Vierfache seines Körpergewichtes verzehren muß, um satt zu werden.

Was der Schule. Lehrer: „Die Schildbürger hatten also ihr Rathaus erbaut, hatten aber die Fenster vergessen. Da kam ein Schalk nach Schilda. Welchen Rat gab er den Bürgern?“ — Schüler: „Sie sollten das Gebäude als Kientopp verwenden.“

Schwerer Fall. Bei einem Nervenzustand sprach jemand vom Bunde der Aufrechten vor. „Mein Name ist v. Schredenstein,“ begann er, „ich bin überzeugter Monarchist!“ — „Na, na,“ sagte der Professor, „nur nicht den Kopf verlieren! Kommen Sie erst mal in meine Klinik zur Beobachtung!“

Danziger Nachrichten.

Wiederaufnahme der Arbeit bei Schöbau.

Die Arbeiterschaft der Firma F. Schöbau nahm gestern in 9 Versammlungen der einzelnen Organisations zu der Lage auf der Schöbauwerk Stellung. In längerer Aussprache wurden die Verhältnisse, wie sie sich nach Abschluß des Schiedspruchs und der Nichtverbindlichkeitsklärung durch den Demobilisierungskommissar Hoerster gestaltet haben, besprochen. Dann wurde in geheimer Abstimmung mit 898 gegen 444 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, folgende von den Vertrauensleuten gemeinsam vorgelegene Entschließung angenommen:

„Die am 21. Februar versammelten Vertrauensleute der Arbeitlosen Arbeiter der Firma Schöbau aller Gewerkschaftszugehörigen nehmen Kenntnis von dem Bericht über die Besprechungen der Vertreter der arbeitlosen Schöbauarbeiter mit den Vertretern des Herrn Oberkommissars und erklären, daß die Arbeiterschaft nicht in einen Streik eingetreten, sondern von der Firma entlassen wurde.“

Sie nimmt weiter Kenntnis von der Nichtverbindlichkeitsklärung des Schiedspruches der gesetzlichen Schlichtungsinstanz vom 24. Januar durch den Demobilisierungskommissar und bedauert diese Klärung sehr. Dadurch wird das allgemeine Vertrauen in die Schlichtungsorgane erschüttert und somit das Wirtschaftsleben schwer gefährdet.

Da die Arbeiterschaft in der Freien Stadt Danzig keine Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen vor einer höheren Instanz mehr hat, und daß allgemeine Gleich ihr den Eintritt in einen Streik zur Durchsetzung der Schiedspruchslöhne verbietet, so empfehlen die Vertrauensleute der Art gehorchend, den arbeitlosen Kollegen, die Arbeit aufzunehmen.

Der Arbeiterschuß wird beauftragt, die Firma zu ersuchen, bekannt zu geben, in welcher Reihenfolge die einzelnen Branchen und Berufe sich zur Arbeitsaufnahme melden sollen.

Da die Abstimmung nicht die statutarische 2/3 Mehrheit für einen Streik ergab, im Gegenteil eine große Mehrheit der Arbeitsaufnahme zustimmte, erfolgt auf der ganzen Linie die Arbeitsaufnahme.

In Anbetracht der großen Notlage dieser Arbeiterschaft beschließen die Gewerkschaften, allen Arbeitslosen noch eine Notlagenunterstützung für die ersten Tage nach der Arbeitsaufnahme zu zahlen.

Wie wir erfahren, ist die Leitung der Firma auch jetzt noch nicht gewillt, die Entlassung der Arbeiterschaft zu unterlassen. Die gemeinsame Aufnahme der Arbeit hat sie auch jetzt nicht abgelehnt und fordert vielmehr, daß sich jeder Arbeiter schriftlich bei ihr melden muß. Jetzt weiß wenigstens die Öffentlichkeit klar, was sie von dem sozialen Verständnis des kapitalistischen Systems zu halten hat.

Zur Verhinderung des Danziger Ausverkaufs

Ist jetzt wenigstens ein Anfang durch die Besatzungsbehörden gemacht worden. Den englischen Truppen ist jetzt durch die Kommandostelle verboten worden, daß sie sich, sowohl in Geschäften, wie in Restaurants, der Einkäufe solcher Lebensmittel zu enthalten haben, die für die Bevölkerung des Freistaates rationiert sind. Das gleiche gilt für Einkäufe von Federblei und anderen lebenden Tieren auf Wochen- und anderen Märkten. Es wird mit Bezug darauf auf den Umständen hingewiesen, daß die Offiziere und Mannschaften der englischen Truppen in Kasinos und Kantinen eine Verpflegung erhalten; die vollständig für ihren Lebensunterhalt ausreicht. Die Bekanntmachung erstreckt sich in zweiter Linie auch auf alle anderen Lebensmittel, die bereits im freien Handel zu kaufen sind.

So sehr wir geneigt sind, hierin einen wenn auch äußerst bescheidenen Anfang der Bekämpfung des Ausverkaufs unserer Stadt zu sehen, so sehr müssen wir die Gerechtigkeit dieser ganz ungenügenden Maßnahmen bedauern. Was wird der gute Rat, der den Soldaten doch nur gegeben ist, in Wirklichkeit wohl nützen? Die Ausländer haben viel Geld und die Händler und Kaufleute großen Appetit nach Profit und Verdienst. Deshalb wird sich praktisch auch nach dieser Ermahnung der Truppen gar nichts ändern. Selten kann allein die in Massen bereits mit großem Erfolge durchgeführte Maßnahme, daß an die fremden Soldaten bei Gefahr der Bestrafung jeder Teile nur dann verkauft werden darf, wenn sie eine besondere schriftliche Erlaubnis ihres höheren Vorgesetzten zu jedem Einkauf vorlegen können. Dazu beschränkt sich die Danziger Ermahnung selber auch nur auf Lebensmittel. Mindestens ebenso notwendig ist jedoch das Einschreiten zum Schutze unserer äußerst knappen Vorräte an Bekleidungsstücken, Möbeln und Gebrauchsgegenständen aller Art, wie auch nicht zuletzt für Kunstwerke usw.

Vormürfe gegen Stadtrat Dr. Grünspan

lagen einer Verhandlung wegen Beleidigung zu Grunde, die sich gegen die Frauen E. Krüger und M. Delle richtete, und das Schöffengericht am Sonnabend zwei Stunden lang beschäftigte. Der Anklage lagen Behauptungen zugrunde, die in einer Versammlung des Wirtschaftsbundes Danziger Hausfrauen im November aufgestellt worden sind und darin gipfelten, daß der Leiter des Danziger Ernährungsamtes nicht immer ganz unegoistisch gehandelt haben sollte. So wurde davon geredet, daß er auch Butter erhalten haben soll. Solche Behauptungen sind in der Zeit der Lebensmittelknappheit gar nichts seltenes. Die Schöffengerichte bestimmter Herrschaften haben in Deutschland denn auch häufig schon ein starkes Märchenleben geführt. Man mußte deshalb unter allen Umständen erwarten, daß solche Behauptungen niemals ohne triftige Gründe und nur nach eigener Kenntnis der behaupteten Tatsachen aufgestellt werden. In diesem Falle war die Anklage ursprünglich auch auf die inzwischen entlassene Hausmannsfrau ausgebeutet. Der Magistrat zog gegen sie den Strafantrag jedoch zurück. So kam sie als Zeugin vor das Gericht. Sie und ein anderer ebenfalls entlassener Angestellter bestritten, daß nach Eintritt der Ernährungsverwaltung im Jahre 1917 im Bureau Butter in offenen Paketen für Dr. Grünspan abgegeben worden sei. Es wurde aber leider nicht näher nachgeprüft, ob dies nicht etwa beschlagnahmte Butter war, die dem Leiter des Amtes zur amtlichen Aufbewahrung gebracht war. Die notwendige Klärung ist darunter, daß Dr. Grünspan wegen einer einseitigen Dienstreise nicht anwesend sein konnte. Der Vertreter des Magistrats, Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum, erklärte, daß die Zeugen sich vor allem in der Zeit irrten. Dr. G. habe nicht 1917, sondern bereits 1916, also noch vor der Rationierung Butter bezogen. Käse habe er für seine Familie mitgenommen, weil dies ungetrübt erlaubt war. Noch jetzt im Ernährungsamt und seit längerer Zeit dort tätige Angestellte stellten die Behauptungen der vorgeannten Zeugen in Abrede. Rechtsanwalt Böhm beantragte die Freisprechung der Frau Krüger, weil sie nur den Eingang von Butterpaketen für Dr. G. aber sonst nichts Strafbares behauptet habe. Dr. G.

habe tatsächlich seine Befugnisse überschritten, als er der Hausmannsfrau für ihre krankes Kind wiederholt 1/2 Pfund abließ, obwohl die Rationierung bereits bestand. (Die Hausmannsfrau hatte sich als Zeugin darauf berufen, daß sie gerade diesen Umstand so genau behaupten könne, weil sie die Butter für ihr krankes Kind erhielt, das im Jahre 1917 gestorben sei.) Gegen Frau Delle forderte der Staatsanwalt 20 Mark Geldstrafe oder 2 Tage Haft.

Das Gericht sprach beide Beschuldigte schon nach ganz kurzer Beratung frei.

Die Verhandlung machte, die völlige Objektivität des Gerichtes selbstverständlich vorausgesetzt, mitunter einen eigenen Eindruck. In einer Pause machte Staatsanwalt Böhm deutlich im Zuschauerraum hörbare Bemerkungen, die nach Unvoreingenommenheit gegen Dr. G. gerade nicht klingen: Völlig unverständlich ist nur, wie das Gericht zu der Meinung kommen konnte, Dr. G. habe sich offene Butterpakete schicken lassen. In dieser Annahme gehört ein Glauben, den man so leicht nicht wieder finden wird.

Gegen die Freisprechung ist vom Magistrat sofort Berufung eingelegt worden.

Zum Streik der städtischen Arbeiter

ist weiteres auf den jetzt befristeten Betrieben nicht mitzuteilen. Eine Ausdehnung des Streites ist dadurch erfolgt, daß heute auch das Hauptpersonal, die Krankenschwestern und Wärterinnen und die Dienstmädchen des städtischen Krankenhauses gleichfalls in den Ausstand getreten sind. Das Maschinen- und Kesselhauspersonal hat sich dem Streik nicht angeschlossen.

Abschluß der Spandauer Bewegung bei J. W. Krawitz.

Die Arbeiterschaft der Schiffswerft J. W. Krawitz nahm in einer am Sonnabend im Spiesefeld abgehaltenen Betriebsversammlung zu den früher aufgestellten Forderungen Stellung. Mit 7 Stimmen beschloß die 169 Anwesenden, die Behring nicht eingerechnet, folgende Resolution: Die Betriebsversammlung beschließt, das Angebot der Firma vom 9. Januar 1920 anzunehmen. Sie erwartet, daß die Klassifizierung wohlwollend und in Gemeinschaft mit dem Arbeiterschuß vorgenommen wird und die Nachzahlung vom Tage des Angebotes erfolgt.

Vollstreckung vom 24. Februar 1920. Gefunden: 1 Perlenhandtasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit etwas Geld, Briefmarken und Notizen von Frau Emilie Dolecki, Hundegasse 75, 1 Brillantohrering, abzuholen von Herrn Emil Abromeit, 2. Damm 7. — **Eingefunden:** 1 Huhn, abzuholen von Herrn Hermann Schulz, Kirchdäuser Straße 63. —

Standesamt.

Eheschließungen: Schreiber Otto Selmski, 24 J. — Frau Martha Nacholl geb. Wollschon, 50 J. 2 M. — E. des Bäckermeisters August Guginski, 2 Jg. — Lehrer a. D. Johann P. Handowski, 84 J. 10 M. — Frau Emma Kallowicz geb. Fröhling, 71 J. 9 M. — E. des Rainers Max Hoffmann, 14 J. 10 M. — Frau Emma Lwardowski geb. Kapahnte, 29 J. 1 M. — E. des Arbeiters Franz Heimowski, 5 M. — Schlosser Hermann Wilm, 25 J. — Banarbeiter Robert Thober, 40 J. 6 M. — Fleischergewelle Fritz Geiser, 26 J. 7 M. — Witwe Emilie Petrusmann geb. Burmeister, 78 J. — Kaufmann Reinhold Schmiedel, 48 J. 11 M. — Dienstmädchen Marie Krause, 24 J. — Schloßer Kalmar Szewski, 55 J. 5 M. — Pfarrer Adolf Fabricius, 78 J. 8 M. — Frau Antonie Holinski geb. Paluski, 28 J. 7 M. — Elektrikermeister Medemar Wielandowski, 19 J. 9 M. — E. des Werktüfers Eduard Seiz, 5 J. 10 M. — E. des Werkführers Gerhard Werner, 4 M. — Aufseher Rudolf Hühlsberger, 60 J. 10 M. — Frau Anna Budack geb. Paladowski, 58 J. 9 M. — Witwe Margarete Wärfel geb. Schulz, 46 J. 7 M. — E. des Schneiders Gustav Wahrenberg, 10 M. — Köchler Gottfried Hohnfeld, 87 J. 2 M. — Hospitalkin Auguste Schulz, 85 J. 4 M. — Frau Anna Schirmacher geb. Kumpchowski, 52 J. 2 M. — Hospitalkin Marie Reineb, 80 J. — Frau Anna Rogalski geb. Subowski, 49 J. 11 M. — E. des Schuhmachermeisters Paul Meher, 11 M. — E. des Arbeiters Robert Klein, 9 M. — Frau Luise Habel geb. John, 26 J. — E. des Arbeiters Joseph Kravinski, 18 J. 8 M. — E. des Elektrikermeisters August Schröder, 8 M. — E. des Schneiders Fritz Schilling, 8 M. — Witwe Anna Stundt geb. Wessna, 81 J. — Witwe Maria Zeit geb. Rogoll, 79 J. 9 M. — E. des Kaufmanns Paul Johannes Formella, 10 Eid. — E. des Arbeiters Franz Dapa, 2 J. 4 M. — E. des Rainers Robert Hinz, 6 M. — Frau Auguste Weich geb. Haefer, 46 J. 5 M. — Buchhalterin Gertrud Schied, 31 J. 5 M. — Oberpostsekretär a. D. Max Klein, 20 J. 9 M. — Arbeiter Fritz Rindel, 17 J. 1 M. — Walter Max Engelhardt, 46 J. 7 M. — Arbeiter Gustav Schmilenski, 28 J. — Schneider Wilhelm Pohlend, 81 J. 3 M. — Uebel, 4 S. —

Wasserstandsnotizen am 24. Februar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	2,76	2,48	Dielitzsch	3,39
Jordan	2,82	2,49	Draßkau	3,74
Culm	2,70	2,50	Einlage	2,86
Brandenburg	2,87	2,72	Schwanenhorst	2,62
Kurzbrack	3,39	3,18	Waldsdorf	0,08
Wintawerptage	3,22	3,06	Kawachs	0,87

Kammermusik.

„Die Junke“, eine Vereinigung schaffender Künstler Danzigs, veranstaltete gestern Abend im Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses ein Konzert, in dem einzelne der heimischen Kammermusik mit ihren Werken vor die Öffentlichkeit trat. Für die Ausführung war das „Brennshlab-Quartett“ sowie der in Königsberg ansässig gewordene Kammermusiker Franz G. S. entboten worden. Sie beide gar nicht daran, jenseits Sozialpatriotismus zu treiben oder sonstige bestimmte Bestrebungen, Richtungen und Tendenzen zu fördern, aber diese beiden heimischen Kunst sind durchaus beachtenswert und brauchen nicht nur Geltung für Danzig zu haben, zumal im Hinblick auf manche der modernen Kammermusik, die uns in den letzten Jahren als „bedeutend“ bezeichnet worden ist. Denn ich bin sehr davon überzeugt, daß ein Wert wie Franz G. S. ein Quartett der „Brennshlab-Quartett“ Vereinigung vor einer musikalisch strenger erzogenen Gemeinschaft wie sie sich bei uns zur Kammermusik einfindet, noch weit mehr Beifall zuteil würde. Denn Franz G. S. ist einer, der wirklich etwas zu sagen hat, der mit den Mitteln der Musik umzugehen und geschickt zu gestalten versteht. Dieses Quartett, so unausgegoren und formlos auch manches im ersten Satz und im Menuett sein mag, zeigt hohe Deklamation und Geschmeid und verrät bei aller Unreife und hastigen Gruppierung der Gegenstände und musikalischer Einfälle den Dichter, doch als Mann recht bemerkenswerter musikalischer Kultur, in dem deutlich der Drang zum Schaffen sichtbar wird. Weniger der Drang als der Willkür zum Schaffen ist sich aus den Sätzen Franz G. S. zu hören. Schon die Wahl seiner Texte weist darauf hin. Bei all dieser demütigen Verachtung für Friedrich Hebbel, den ich neben Heine für den größten deutschen Dramatiker halte, schäme ich seine Lyrik wenig hoch ein. Nicht. Drei

se zu sprechen, zu handeln, sondern weil man das bewußt Konstruktive zu bewußt empfunden und weil ihr alles Sangbare völlig fehlt. Zugleich selbst, daß dies gerade einen Diktatorischen Namen, weil er durch die Kraft seiner Kunstfertigkeit diesen Versen Leben einhauchen möchte, so waren doch diese Proben Hebbelischer Lyrik wenig einladend für ein solches Beginnen. Man lese doch nur eine Zeile wie „Ne war, als ob sie Blüten blüht, rot“ und „doch ob auch kaum die Luft sein Blügelblögel“. Durch welchen tonbildlichen Prozeß will da der Komponist den rein musikalischen Fäden und gedanklichen Zersplitterungen bestimmen? Wolmar Dittmann wird in ihrer bewußten und selber auch bewußten Reflexion zu kühl artistisch, wird infolgedessen eher Illustration als Durchdringung des Erlebnis. Das schließt nicht aus, daß sie immerhin ihre Eigenart hat, die in der Extremität der harmonischen Ausgestaltung liegt. Wenn dagegen Werner Goebel mit dem ersten und letzten seiner vier Proben einen so starken Beifall fand, so deshalb, weil er rein äußerlich bleibt. Werner Goebel kennt Scheinbar die Massenpsychik, er weiß, was gefällt, und seine Routine hierin steht auf fast vierhundert Höhe. Was hat er aus den 8 Zeilen des Witzes auch hervorgebracht? „Ich halt' eine große Liebe“ gemacht, (wobei hinzukommt, was Ludwig G. S. noch daraus machte.) Er jongliert mit einem Dutzend Sitaristen, daß etwas wie eine dreizehnte eigene herauskommt. Seine Art ist die des unapologetischen, elegant-gesamtenigen Zerküßten, der im Gegensatz zu Wolmar das Wesen der Lyrik erkannt hat und sie seinen Zwecken dienstbar macht; so kann er elegisch sein und lustig, genialisch und weltmännlich, er stellt seine stets dienstbereite Gefühlslage ein, und sie gehorcht. Seine Kunst ist daher mehr als die der anderen „zeitgenössisch“, wird aber, wenn sie nicht andere Bahnen einschlägt, kaum dem Lebensgefühl der Zeitgenossen entgegen. Das Werkstück des Abends hat Kurt Adam mit einem Quintett für Violine, Cello, Klarinette, Horn und Waldhorn. Es war dies das erste, was ich von Adam gehört habe. Was bei Ulrich Goebel noch teilweise fehlt, besitzt Adam in hohem Maße: formale Selbstachtung. Der Satz ist sehr klar, und man vermag durch das Gefüge mühelos hindurchzugehen und das Ganze unbefangenen zu genießen. Ein köstlicher Barockhumor würzt dieses Konrad, dessen erster Teil, ein Allegro con brío, wie ein Raucher Bierbäum wirkt. Hier macht sich das Bestehen einer gränzlischen musikalischen Durchdringung geltend, das auf harmonische Wohlhaftigkeit beruht und dank launiger (wenn auch nicht zahlreicher) Einfälle und lebhafter Anschauung lebendig und stürzend wirkt. Man hat Zutrauen zu dieser Kunst, weil sie Richtung hat, Struktur und mit ruhiger Sicherheit und mit Ernst ihren Weg nimmt. Willibald Osmantowski.

Aus dem Freistadtbezirk.

Ernährungsschwierigkeiten in Ohra.

Die Ernährungskommission der Ohraer Gemeindeverwaltung beschäftigt in ihrer letzten Sitzung mit den Schwierigkeiten, die die Gemeindeverwaltung hat, um die Ohraer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Besonders drängend für die Bevölkerung ist die Kartoffelknappheit. Diese liegt zu einem großen Teil an den Besitzern, weil diese nicht genügend Kartoffeln abgeliefert haben. Die Besitzer wollen noch immer höhere Preise für die landwirtschaftlichen Produkte erzielen. So erklärte ein Besitzer, daß die Ohraer Arbeiter Geld genug hätten, um höhere Preise zu bezahlen. Auch andere sind sehr unzufrieden. So wird in den nächsten Wochen die Bevölkerung keine erhalten kann. Das Angebot einer Ackerfruchtgenossenschaft wegen Lieferung von Getreide wurde abgelehnt, da die Preise zu hoch waren. Spiritusmatten hat die Gemeinde vom Preis nur in geringer Zahl erhalten, so daß solche nur für Säuglinge und alte Leute über 66 Jahre abgegeben werden können. Den anderen Familien soll dafür Petroleum geliefert werden. Zudem ist bis zur nächsten Ernte Getreide vorhanden, nur ist die regelmäßige Lieferung in Frage gestellt. Um die Versorgung der Bevölkerung durch Brot und Mehl höher zu stellen, sollen bei den Behörden Revisionen vorgenommen werden. (Die Bekanntmachung über die Ausgabe der Lebensmittel erfolgt künftig jeden Freitag durch die Zeitungen.)

Ohraer Standesamtliche Nachrichten.

Für die Woche vom 18. bis 24. Februar.

Geburten: 3 Knaben, 5 Mädchen.
Sterbefälle: Witwe Dorothea Weidner geb. Werschke, 83 J. — Christian Maria Brunack geb. Marquardt, 58 J. — Witwe Anna Maditz geb. Rangenauer, 86 J. — Kind Paul Rindowski, 2 J. 7 M. — Kind Wily Kaufmann, 9 M. —

Aus aller Welt.

Eine rußlose Lat.

Berlin, 22. Febr. Gestern ist ein Einbruch in das Charlottenburger Kaufhaus entdeckt worden. Einbrecher haben den Sarg der Königin Luise gesprengt, nach Schmuckstücken durchsucht und geraubt. Die Deckel der anderen Särge widerstanden. Von den Sargdeckeln Kaiser Wilhelms und der Kaiserin, des Prinzen Adolph und der Fürstin Wladimir sind goldene, silberne und vergoldete Kränze mit Zweigen geraubt. Von den Einbrechern fehlt noch jede Spur.

Zum Einbruch in das Kaufhaus teilen die Blätter mit: Es sei nicht ausgeschlossen, daß auch hier die Schloßeinbrecher von Stenide und Nikolajew ihre Hand im Spiele haben. Das wertvollste Stück ihrer Beute, den von ihnen im Heiligtum zurückgelassenen goldenen Kranz vom Sarge Kaiser Wilhelms I. habe ein Wert von 40 000 bis 50 000 Mark. Dieser Kranz ist eine Gießung der Großherzogin Wilhelmine von Baden. Die Fürstin pflegte abganzlich am Todestage ihres Vaters ein neues goldenes Blatt mit eingravierter Jahreszahl hinzuzufügen.

Letzte Nachrichten.

Deportierung des Genossen Stöbel in Bromberg.

Bromberg, 24. Febr. Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet: Der frühere Vorsitzende des Bromberger Arbeiterrats, der jetzige Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, unser auch in Danzig wohlbekannter Genosse Paul Stöbel, bisher Mitglied der Preussischen Nationalversammlung, ist auf Anweisung des polnischen Oberkommandos in Posen am Freitag verhaftet worden. Stöbel ist noch am gleichen Tage nach Posen transportiert worden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Böppel, für den unpolitischen Teil: Carl Böppel, für den unpolitischen Teil: Carl Böppel, für den unpolitischen Teil: Carl Böppel.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Böppel, für den unpolitischen Teil: Carl Böppel, für den unpolitischen Teil: Carl Böppel, für den unpolitischen Teil: Carl Böppel.

